

meinung

Der «Friedensvermittler», den keiner anprangert: Xi Jinping könnte den Ukraine-Krieg mit einem Anruf beenden

Ukraine-Krieg: Warum China als Schlüsselfaktor nicht angeprangert wird

Auswärtige Autoren (AA)

Thomas Borer

Chinas Präsident Xi könnte Putin innert kurzer Zeit zu konstruktiven Waffenstillstandsgesprächen im Ukraine-Krieg zwingen. Vyacheslav Prokofyev / Imago

Die europäischen Politiker und hiesigen Medien kritisieren Präsident Trump fast täglich dafür, dass es ihm nicht gelingt, in der Ukraine einen Waffenstillstand zu moderieren oder gar Frieden zu stiften. Dabei wird ausser acht gelassen, dass in erster Linie der chinesische Präsident Xi Jinping die Möglichkeit hätte, Putin innert weniger Tage zu konstruktiven Waffenstillstandsgesprächen zu zwingen.

Die sogenannte «grenzenlose Partnerschaft» zwischen den beiden Autokratien ist in erster Linie ein Unterstützungspaket für den Kreml. Denn ohne die stete Versorgung mit Kriegsmaterial und Devisen aus dem Reich der Mitte hätten die westlichen Sanktionen die russische Wirtschaft viel stärker in die Knie gezwungen.

Wegbereiter des Angriffskriegs

Eine löbliche Ausnahme von der westlichen Untätigkeit war der Nato-Gipfel im Juli 2024. Hier bezeichneten erstmals alle Mitgliedstaaten China als einen wichtigen Wegbereiter des russischen Angriffskrieges. Die Worte in der Abschlusserklärung waren damals für diplomatische Verhältnisse durchaus scharf formuliert: «Wir fordern die VR China (. . .) auf, jegliche materielle und politische Unterstützung für die Kriegsanstrengungen Russlands einzustellen.» Weitere Massnahmen wurden aber nicht ergriffen.

Chinas Rolle im Ukraine-Krieg ist entscheidend. Zwar liefert China offiziell keine Waffen an Russland, unterstützt Putin aber wirtschaftlich – zum Beispiel durch den massiven Kauf von russischem Öl und Gas, die Lieferung von Halbleitern und Dual-Use-Gütern und wohl auch von Drohnen und Dronentechnologie, welche im Ukraine-Krieg massgeblich sind.

Diese Unterstützung ermöglicht Russland, seinen Krieg trotz westlichen Sanktionen weiterzuführen. Dies stellt auch die Nato in ihrer Gipfel-Erklärung fest: «Dies schliesst die Weitergabe von Dual-Use-Gütern wie Waffenkomponenten, Ausrüstung und Rohstoffen ein, die als Vorleistungen für den russischen Verteidigungssektor dienen.» Die westlichen Handelssanktionen können insbesondere über China relativ leicht umgangen werden. So hat sich das Handelsvolumen zwischen den beiden Ländern seit 2020 und damit dem russischen Angriff auf die Ukraine im Jahr 2022 denn auch mehr als verdoppelt. Im Jahr 2024 erreichte es laut dem Mercator Institute for China Studies 245 Milliarden Dollar.

Obwohl die russisch-chinesische Partnerschaft in Propaganda-Manier als «grenzenlos» bezeichnet wird, ergeben sich aus der Analyse der Handelsströme spannende Ansatzpunkte für gezielten wirtschaftlichen Druck. Während die Handelsbilanz zwar wertmässig relativ ausgeglichen ist, zeigen sich bei der

Natur der gehandelten Güter grosse Unterschiede: Russland bezieht von China vor allem Hightech-(Kriegs-)Güter, China hingegen bezieht von Russland hauptsächlich fossile Energie.

Bei der Auswahl seiner Energiequellen hat sich China aber stets als wenig ideologisch, sondern rein ökonomisch gesteuert gezeigt, Druck auf Russland könnte damit auch über einen sinkenden Ölpreis erzeugt werden. Gleichzeitig befindet sich China in einem Dilemma, es bezieht einen Grossteil seiner fossilen Energieträger über den amerikanisch dominierten Pazifik; je stärker es dort in die Enge getrieben wird, desto stärker wird es sich auf die russischen Ressourcen verlassen.

Stichwort globale Lieferketten

Es stellt sich also die Frage, wieso europäische Politiker keinen stärkeren Druck auf China ausüben, obwohl ihnen ein Erfolg der Ukraine so am Herzen liegt. Der Grund dafür liegt in der ökonomischen Abhängigkeit: Viele westliche Länder, insbesondere Deutschland, sind wirtschaftlich stark mit China verflochten. Sanktionen gegen China hätten enorme Rückwirkungen auf globale Lieferketten und das europäische Wirtschaftswachstum. Überdies möchten die Politiker wohl Peking als potenziellen Vermittler nicht vollständig verlieren oder gar in ein noch engeres Bündnis mit Russland treiben.

Um China zum Einlenken zu zwingen, wären koordinierter diplomatischer und wirtschaftlicher Druck sowie nachhaltige öffentliche Kritik an Präsident Xi nötig. Investigative Journalisten könnten die wirtschaftliche Kriegskooperation zwischen China und Russland stärker ins Licht rücken. Man müsste wohl auch mit zielgerichteten Sekundärsanktionen drohen, zum Beispiel solchen gegen chinesische Unternehmen, die Dual-Use-Güter an Russland liefern.

Xi Jinping könnte den Ukraine-Krieg mit einem Anruf in Moskau schneller beenden als jede Friedensinitiative aus Europa oder den USA. Für den chinesischen Präsidenten steht viel auf dem Spiel, und den westlichen Ländern würde der Weg dorthin grosse wirtschaftliche Schmerzen bereiten. Da ist es doch viel einfacher und angenehmer, den amerikanischen Präsidenten Trump an den Pranger zu stellen.

Thomas Borer ist Unternehmensberater und ehemaliger Diplomat. Er leitete von 1996 bis 1999 die Task-Force Schweiz – Zweiter Weltkrieg, später wurde er Botschafter der Schweiz in Deutschland. Von ihm neu erschienen: «Die Task Force Schweiz – Zweiter Weltkrieg. Nazigold und nachrichtenlose Vermögen. Die grosse aussenpolitische Krise der Schweiz in den Jahren 1996 bis 1999».